



Fachbereich/Eigenbetrieb Umwelt und Mobilität
Verfasser/in Staub-Abt, Britta
Vorlage Nr. 265/2022
Datum 28.12.2022

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Öffentlichkeit	Sitzung am	Ergebnis
Gemeinderat	öffentlich-Beschluss	02.02.2023	

Betreff:

**Prüfung möglicher Flächenentsiegelung von mehr Grün-Frei- und Wasserflächen als wirksame Maßnahmen zur Abkühlung der Stadt
Gemeinsamer Antrag der Zählergemeinschaft von SPD-Fraktion und Piraten/Die Linke**

Anlagen:

Gemeinsamer Antrag der Zählergemeinschaft von SPD-Fraktion und Piraten/Die Linke der GR-Sitzung vom 24.11.2022

Beschlussvorschlag:

- 1.) Der Antrag wird bzgl. der Punkte 1-3 des Antrages angenommen und weiterverfolgt.
- 2.) Der Punkt 4 hinsichtlich der Berichterstattung wird entsprechend der Begründung abgelehnt. Eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit wird wie bisher durchgeführt.

Personelle Auswirkungen:

Wir rechnen für den Arbeitsumfang der Punkte a) bis c) (Seite 3 der Vorlage) mit ca. 0,5 Stellenanteilen über die verschiedenen Fachbereiche hinweg und zwar für 1-2 Jahre.

Finanzielle Auswirkungen:

Produktgruppe (ErgHH) oder Investitionsauftrag:	bis Jahr	Wirtschafts-/ HH-Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	spätere Jahre	Gesamt
							Summe
	€	€	€	€	€	€	€
Ausgaben insgesamt:							
<i>davon</i> geplant / bereitg.:							
<i>davon</i> nicht geplant:							
Einnahmen insgesamt:							
<i>davon</i> geplant / bereitg.:							
<i>davon</i> nicht geplant :							
Saldo (Eigenanteil):							
<i>davon</i> geplant / bereitg.:							
<i>davon</i> nicht geplant :							
ggf. laufende Folgekosten (jährlich):							

Begründung:

Allgemeine Information

Die Zählgemeinschaft von SPD-Fraktion und Piraten/DieLinke hat in der Gemeinderatssitzung am 24.11.2022 folgenden Antrag gestellt (siehe Anlage): Prüfung möglicher Flächenentsiegelung von mehr Grün-Frei- und Wasserflächen als wirksame Maßnahmen zur Abkühlung der Stadt

Das Thema Klimaanpassung ist für die Stadt seit vielen Jahren ein wichtiges Thema. So werden zum Beispiel bereits seit Jahren, Dachbegrünungen und Bepflanzungen im Rahmen von Bebauungsplänen festgeschrieben, ebenso wie wasserdurchlässige Beläge und wo immer möglich auch Versickerungen.

Diese Maßnahmen, die sich in Neubaugebieten auch einfacher umsetzen lassen, stellen sich im bereits bebauten Bereich und gerade auch in der Innenstadt oft als komplexe Maßnahmen heraus, bei denen verschiedene Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen. Dabei sind zum Beispiel nicht nur die aktuellen unterirdischen Gegebenheiten mit Leitungen (Wasserver- und Entsorgung, Gas, Telekommunikation, Strom und sonstige Leitungsnetze) zu berücksichtigen, sondern auch der benötigte Flächenanspruch für die zukünftige Wärmeversorgung zum Beispiel mit Fernwärme. Dies macht eine Baumpflanzung in der Innenstadt leider in vielen Bereichen unmöglich.

Mittlerweile gibt es verschiedene Projekte und Arbeitsgruppen in der Stadt Lörrach, die sich mit dem Thema „Grün“ in der Innenstadt, Biodiversität, Klimaanpassung inklusive Wasser usw. beschäftigen. Aus diesem Grund wurde bereits Ende Oktober 2022 beschlossen zur Koordinierung und Abstimmung der oben aufgeführten Themen ab diesem Jahr eine einzige Arbeitsgruppe mit dem Arbeitstitel „Grün und Blau in der Stadt Lörrach“ zu bilden.

Der Kern der Arbeitsgruppe besteht aus Mitarbeitern/innen der Fachbereiche Stadtplanung, Umwelt und Mobilität, Hochbau, Tiefbau und dem Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung sowie Werkhof, Stadtgrün und Friedhöfe. Je nach Maßnahme / Thema werden dann weitere betroffene Fachbereiche, Eigenbetriebe hinzugezogen.

Folgende Themen und Aufgaben wird die Arbeitsgruppe bearbeiten:

Grundsätzlich ist bei der Bearbeitung der einzelnen Themen immer die Weiterentwicklung der Biodiversität und die Klimaanpassung zu berücksichtigen.

a.) Aufarbeitung, Prüfung verschiedener Ideen, die im Rahmen der Stadtbegehungen, Straßenbeirat, Werkstattgespräche auch mit Bürgerinnen und Bürgern entstanden sind. Dies auch im Zusammenhang mit Personal- und Finanzressourcen inklusiv laufende Betriebskosten. Hierzu gehören auch die Entsiegelungen, sowie weitere Themen der Versickerung.

b.) Weiterentwicklung des Konzeptes „ZUKUNFT STADTGRÜN - Handlungsoptionen für die Weiterentwicklung des Baumschutzes und der innerstädtischen Grünflächen“, das der Gemeinderat mit der Vorlage 069/2021 zur Kenntnis genommen hat.

c.) Ausarbeitung eines Konzeptes zur Fassadenbegrünung / Innenstadtbegrünung. Dies soll vor der Sommerpause 2023 den Gremien vorgestellt werden um ggf. Mittel für den Haushalt 2024 anmelden zu können.

Informationen zu den Punkten des Antrages

Die Punkte 1 (Entsiegelung) und 3 (Fördermöglichkeiten) des Antrages, werden immer im Vorfeld von Maßnahmen geprüft und wo möglich auch umgesetzt. Dies gilt auch für die Pflanzung von Bäumen, auch in der Innenstadt. So wurden zum Beispiel Parkletts in der Grabenstraße und einige Pflanzkübel in der Basler Straße aufgestellt und Unterpflanzungen hergestellt. Im Frühjahr 2023 soll ein weiteres Parklett im Bereich des Riesgässchens aufgestellt werden.

Aber nicht nur bei der Stadtverwaltung, sondern auch bei Handwerkern fehlen die Fachkräfte. So konnte zum Beispiel mangels abgegebener Angebote die geplante Aufstellung von zwei weiteren Metallbäumen mit Bepflanzung im Jahr 2022 nicht umgesetzt werden.

Leider werden auch nicht alle Maßnahmen seitens der Bürgerschaft angenommen oder geschätzt. So wurden die Unterpflanzungen der Stahlbäume in der Kirchstraße durch Ablagerung von Gelben Säcken oder Abstellen von Fahrrädern nachhaltig beschädigt.

Die Beratung der Bürgerschaft (Punkt 2 / 4 des Antrages: Öffentlichkeitsarbeit) wird bereits heute im Rahmen der dafür knappen vorhandenen Personalressourcen umgesetzt. Zudem werden Umwelttipps über die Homepage veröffentlicht oder Flyer erstellt zum Beispiel zu den Themen „Schottergärten“, „Bau von Insektenhotels“ oder auch gezielt für das Baugebiet Belist. Darüber hinaus wird auch mit dem Trinationalen Umweltzentrum oder dem Runden Tisch Klima zusammen gearbeitet.

Der in Punkt 4 des Antrages gewünschte, regelmäßige Bericht mindestens alle sechs Monate kann aus Personalgründen nicht umgesetzt werden. Berichte zu erstellen ist mit einem hohen Zeitbedarf für deren Vorbereitung verbunden. Diese Zeit steht mit der Umsetzung von Maßnahmen in Konkurrenz und würde zu deren Lasten gehen. Wir rechnen bereits für den jetzigen Arbeitsumfang der Punkte a) bis c) mit ca. 0,5 Stellenanteilen über die verschiedenen Fachbereiche hinweg.

Weiteres Vorgehen

Die Stadtverwaltung schlägt vor den Antrag, außer Punkt 4 Berichterstattung, anzunehmen.

Die neu gegründete Arbeitsgruppe wird einen Vorschlag zum Beispiel zum weiteren Vorgehen im 2. Quartal 2023 dem Gemeinderat vorlegen.

Britta Staub-Abt
Fachbereichsleiterin